

Der Ordnung halber möchte ich zwei kleine, unwesentliche Druckfehler im Bericht richtigstellen. Bei den Kosten der Hauptversammlung muß der Pfennigbetrag statt 6½: 16½ Pfg. heißen, und beim Vermögensbestand sind die 5000 Mark Reichsschatzantweisungen nicht zu 3½%, sondern zu 4½% verzinslich.

Der Kassenabschluß der Bücher ist von Herrn Georg Thieme und mir geprüft worden, und wir haben ihn in allen Teilen richtig befunden. Auch der Vermögensbestand ist uns nachgewiesen worden, und wir haben darüber schriftlich an den Vorstand berichtet.

Ich stelle im Namen der Rechnungsprüfer den Antrag, dem Herrn Schatzmeister Entlastung zu erteilen. (A. V. Prager: Dem Vorstand!)

Vorsitzender: Meine Herren, ich frage Sie, ob Sie zu dem Rechnungsbericht das Wort wünschen. — Das ist nicht der Fall.

Ich teile Ihnen mit, daß, wie Herr Rudolf Linnemann schon gesagt hat, der Bericht der Herren Rechnungsprüfer vor uns liegt, und daß die Herren den Antrag stellen, unserem Schatzmeister für die Rechnung 1917 Entlastung zu erteilen. (A. V. Prager: Dem Vorstand!) Es wäre außer dem Herrn Schatzmeister wohl dem Gesamtvorstand die Entlastung zu erteilen.

Ich frage, ob Sie dementsprechend beschließen wollen, und bitte diejenigen, die dagegen sind, sich von ihren Plätzen zu erheben. — Die Entlastung an den Herrn Schatzmeister und den Vorstand ist einstimmig erteilt.

Wir kommen nunmehr zum nächsten Punkt der Tagesordnung, zum

Voranschlag,

wozu ich ebenfalls Herrn Rudolf Linnemann bitte das Wort zu nehmen.

Rudolf Linnemann (Leipzig): Der Voranschlag für das Jahr 1918 — nicht 1919, wie auf der Tagesordnung irrtümlich gedruckt ist — befindet sich ebenfalls in Ihren Händen. Es wird Ihnen dabei zunächst auffallen, daß vorgeschlagen wird, den Jahresbeitrag auf 40 Mark zu erhöhen. Dies ist leider notwendig, da selbst bei diesem erhöhten Jahresbeitrage sich noch ein mutmaßlicher Fehlbetrag von 1100 Mark herausstellt, der sich um weitere 3600 Mark erhöhen müßte, wenn Sie diese Nacherhebung von noch 5 Mark Jahresbeitrag ablehnen würden. Die Posten der Ausgaben sind durchweg etwas höher angelegt. Die Kosten der Geschäftsstelle, die Zuwendungen, die Gehälter und die Druckkosten der verschiedenen Listen sind ja alle höher geworden. Das brauche ich Ihnen nicht erst näher zu erklären. Der Posten: »Beiträge an Interessenvertretungen usw.« ist allerdings wesentlich höher angelegt. Es ist dies notwendig, da, wie ich schon vorhin erwähnte, die Kosten des Berner Bureaus in diesem Jahre zweimal bezahlt werden müssen. Ebenso ist der Beitrag für den Bund deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlages und der Papierverarbeitung wieder mit 1000 Mark einzustellen, und es erscheint dem Vorstand rätlich, diesen Posten so hoch zu bemessen, da die zukünftige Entwicklung es voraussichtlich notwendig erscheinen läßt, sich auch noch an anderen Interessenvertretungen zu beteiligen.

Die Rechnungsprüfer haben die Überzeugung gewonnen, daß der Voranschlag sorgfältig und vorsichtig aufgestellt ist, und empfehlen Ihnen seine Annahme.

Vorsitzender: In Ergänzung dessen möchte ich noch eines bemerken. — In den Ausgaben stehen die Kosten der Hauptversammlung und der Vorstandssitzungen. Unsere Satzungen bestimmen im § 9, daß den auswärtigen Vorstandsmitgliedern für Reisen zu Sitzungen und zur Hauptversammlung neben Ersatz der Kosten für Hin- und Rückfahrt 12 Mark Tagegelder zu zahlen sind. (Heiterkeit.) Da jetzt wohl mit 12 Mark Tagegeldern nicht auszukommen ist, so bitte ich, der ich ja an der Sache unbeteiligt war und bleibe, im Namen der anderen Herren Vorstandsmitglieder, daß diesen Herren eine Teuerungszulage auf die Tagegelder bewilligt werden darf (Heiterkeit und Zustimmung), natürlich nur eine vorübergehende, und daß diese Teuerungszulage aus dem hier ausgeworfenen Beitrage von 2500 Mark mit entnommen werden darf.

Im übrigen stelle ich den Voranschlag und auch meinen jetzt gestellten Antrag zur Aussprache. — Wenn das Wort dazu nicht gewünscht wird, dann frage ich, ob Sie den Voranschlag für 1918 genehmigen. — Das ist der Fall.

Wir kommen nunmehr zu Punkt 3 der Tagesordnung, nämlich dem

Voranschlag für 1919.

Es ist hier ganz mit Absicht von 1919 gesprochen worden, und zwar nur wegen des einen Punktes, des Jahresbeitrages, der immer Anfang Januar erhoben wird, aber bisher ohne Genehmigung der Hauptversammlung erhoben werden mußte. Die Genehmigung mußte erst nachträglich eingeholt werden. Das erschien dem Vorstand schon im vorigen Jahr unerwünscht, und so hat er sich im vorigen Jahre die Ermächtigung hier geben lassen, für dieses Jahr den Beitrag in entsprechender Höhe erheben zu dürfen. Wir bitten demgemäß, auch für das kommende Jahr zu genehmigen, daß wir denselben Beitrag, den wir für 1918 erbeten haben, auch für 1919 erheben dürfen, nämlich 40 Mark für jedes Mitglied.

Meine Herren, sind Sie damit einverstanden? — Das ist der Fall.

Wir kommen zu Nr. 4 der Tagesordnung:

Antrag der Herren Wilhelm Diebener, Alexander Dunder, Herrmann Degener und Felix Leineweber, Vorstandsmitglieder des Vereins der Fachpresse im Königreich Sachsen e. V.

Der Deutsche Verlegerverein wolle beschließen, die Kriegswirtschaftsstelle für das deutsche Zeitungsgewerbe und die zuständigen Reichsstellen um die Gewährung folgender notwendiger Forderungen dringend zu bitten:

1. Die wissenschaftlichen, literarischen, gewerblichen, technischen, industriellen und sonstigen wirtschaftlichen Fachzeitschriften sind bei der Zuteilung und Sicherstellung des Papierbedarfs den politischen Tageszeitungen völlig gleichzustellen.
2. Mindestens aber ist die Fachpresse aus der Aschenbrödelstellung, in die sie durch die Bundesrats-Verordnung vom 28. Dezember 1917 bei der Klassifikation in Ziffer 3 unter: »sonstige Druckfachen usw.« verwiesen worden ist, herauszuheben und an zweiter Stelle neben den Tageszeitungen einzuordnen. Es muß ihr dadurch die Anerkennung zuteil werden, auf die sie bei ihrer außerordentlichen Wichtigkeit für die wissenschaftliche Forschung, sowie für das gesamte Wirtschaftsleben, insbesondere auch für die Aufrechterhaltung des industriellen und gewerblichen Durchhaltens während des Krieges und nachher für den wirtschaftlichen Wiederaufbau und die Wiedergewinnung des Weltmarktes Anspruch hat!
3. Bei der Errechnung des der gesamten Fachpresse zuzuwisenden Papierkontingents ist auf den Verbrauch des Jahres 1913, anstatt 1916, zurückzugreifen und auch für die jetzt bestehende Gewichtsdivergenz gegenüber früher, die eine um 20% verminderte Bogenzahl ergibt, ein Ausgleich zu schaffen, ebenso ist ein Zuschuß für die nachzuweisende, jetzt höhere Abonnentenzahl gegenüber 1913 zu bewilligen.

Ich weiß nicht, wer von den Herren Antragstellern des D-Antrages, den Herren Diebener, Dunder, Degener, den Antrag begründen will.

Antragsteller Wilhelm Diebener (Leipzig): Meine verehrten Herren! Dem Ihnen vorliegenden Antrag 4 nebst Begründung habe ich sachlich nichts hinzuzufügen. Gestatten Sie mir aber, kurz einiges über den numerischen Stand der Fachpresse und über das Verhältnis des Fachzeitschriftenverlages zum Buchverlage sowie zur Tagespresse zu sagen!

Bis zum Eintritt des Krieges bestanden in Deutschland 5630 Fachzeitschriften. Im Durchschnitt gerechnet, sind in den neunziger Jahren jährlich 122 neue Blätter erschienen. In den Jahren 1901 bis 1910 wuchs diese jährliche Durchschnittszahl auf 205, in den Jahren 1911 bis 1913 auf 232 neue Blätter an.